

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz
Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den



Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeindevorstand zu Sohnsdorf

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Siele.

Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Kleinschriftzelle 75 Pf., für auswärtige Auftraggeber 90 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingefanbt die Seite 2 Mark. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Mohrlapper, Bad Schandau.

Telefon Nr. 22 Gemeindeverbands-Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 287

Bad Schandau, Mittwoch, den 8. Dezember 1920

64. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichsausschuss wies die Zumutung der Entente in bezug auf die Abstimmung in Oberschlesien einmütig zurück.

* Der Reichsausschuss des Reichstages lehnte es ab, die Gastwirte gegenüber den Befehlen betreffend Wucher und Schleichhandel gütlicher zu stellen.

* Der Fehlbetrag des Braunschweiger Staatshaushaltsplans 1920/21 beträgt 23 Millionen Mark. Ein Ausgleich für den Fehlbetrag ist nicht vorhanden.

* Die englischen Blätter veröffentlichten den Geheimbericht des Admirals Scheer an den deutschen Kaiser über die Schlacht am Skagerrak.

* Die Armee des Generals Balachowitsch ist über die polnische Grenze gedrängt und entwaflnet worden.

* In Athen wurden 99 % aller Stimmen für König Konstantin abgegeben.

Verbot deutscher Ministerreden.

Gegen Fehrenbach und Simons.

Daß die bekannten Reden des Reichskanzlers und des Außenministers im besetzten Gebiet bei der Entente keine angenehme Empfindungen ausgelöst hätten, ist bekannt. Daß aber die Entente sich sogar zu einem regelrechten Verbot aufschwingen würde, erfährt man jetzt auf dem Umwege über Genf. In dieser Meldung heißt es:

Der französische und englische Botschafter sowie der belgische Gesandte erschienen in Berlin beim Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons und überreichten ihm eine Note ihrer Regierungen, in der gegen die unläufig im besetzten Gebiete von den deutschen Reichsministern gehaltenen Reden scharfer Protest erhoben wird. In der Note wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß in Zukunft von solchen Reden Abstand genommen werden möge.

Im Anschluß an die Reise des Reichskanzlers und des Reichsministers des Auswärtigen ist in verschiedenen Teilen des Reiches, insbesondere im Ruhrgebiet, Bedauern darüber laut geworden, daß die Reise nicht auch auf andere Gebiete ausgedehnt worden ist. So sehr der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen auch gewünscht hätten, gerade in das rheinisch-westfälische Gebiet als Zentrum der deutschen Arbeit zu reisen, um dort persönlich Land und Leute kennen zu lernen, so liegen es doch die in Berlin wartenden dringenden Arbeiten nicht zu, die Reise noch länger auszudehnen. Der Reichskanzler hofft, daß er ein anderes Mal auch die jetzt nicht berücksichtigten Gebiete besuchen und den ihm zugegangenen Einladungen Folge leisten kann.

Die Seeschlacht am Skagerrak.

Aus dem Geheimbericht des Admirals Scheer.

Den englischen Blättern ist auf bisher unbekanntem Wege eine Abschrift des Geheimberichts des Admirals Scheer an den Kaiser über die Seeschlacht am Skagerrak in die Hände gefallen. In England und Amerika wird nun gleichzeitig dieser Bericht veröffentlicht. In der amerikanischen Veröffentlichung ist ein Satz des Admirals v. Scheer wieder gegeben, der in England bedeutendes Aufsehen macht; er lautet:

„In Erkenntnis meiner verzweifeltsten Lage und in der Hoffnung, die deutsche Flotte zu retten, sandte ich Torpedoschiffe aus, um den Feind anzugreifen. Jellicoe zog ab. Hätte er in diesem Stadium angegriffen, so hätte er die deutschen Schiffe wegen seiner Sperrkoefformationen einzeln abschneiden können, und die deutsche Flotte wäre wahrscheinlich zerstört worden.“

Nach dem Bericht erzählt Admiral Scheer auch die aus der Schlacht sich ergebenden Lehren. „Er unterrichtet den Kaiser darüber“, heißt es da, „daß keine Überwasserseeschlacht den Frieden erzwingen könne und dringt auf die stärkstmögliche Unterseebootskriegsführung. Er erklärt auch mit Nachdruck, daß die Dreadnoughts das wirkliche Rückgrat jeder Flotte bilden.“

Der Bericht der „Times“ ist ausführlicher. Der Schlachtbericht des Admirals v. Scheer wird in dieser Darstellung mit sehr vielen Einzelheiten ziemlich ausführlich wiedergegeben. Die Schlusfolgerungen des Admirals werden hier, wie folgt, zusammengefaßt:

Das Großkampfschiff ist und bleibt der Grundpfeiler der Seemacht. Auch der günstigste Ausgang einer Schlacht auf hoher See gegen England kann den Frieden nicht erzwingen oder die Blockade brechen. Eine siegreiche Verteidigung des Krieges innerhalb einer angemessenen Zeit ist nur zu erreichen durch die Niederzwingung von Englands Wirtschaftsleben, d. h. durch die Verwendung von Unterseebooten gegen den englischen Handel. Hervorgehoben wird noch, daß Admiral Scheer der Behauptung Jellicoes widerspricht, daß die Deutschen den Kampf abgebrochen hätten. „Wenn dem so wäre“, sagt er, „bliebe es unerklärlich, warum ein Teil von Jellicoes Hauptflotte in der Nacht vor der Kammerbucht erschien.“

Die Ergebnisse der Ernährungsministerkonferenz.

Die Konferenz der deutschen Ernährungsminister in Weimar hat schärfere Maßnahmen zur Erfassung des Brotgetreides für eine neuerliche Vorratkontrolle in den Kommunalverbänden nötigenfalls mit polizeilicher Hilfe beschlossen. Die Staatsanwaltschaften werden angewiesen, Zwiderhandlungen gegen die Brotgetreidewirtschaft mit der gebotenen Schärfe entgegenzutreten. Die einen entsprechenden Prozentsatz abzuliefern haben, erhalten verbilligten Mais.

100 000 deutsche Studenten.

An den 34 reichsdeutschen Hochschulen (23 Universitäten und 11 Technische Hochschulen) sind jetzt mehr als 100 000 Studenten eingeschrieben, und zwar 85 000 an den Universitäten und 19 800 an den Technischen Hochschulen. Auf die einzelnen Hochschulen verteilen sich die Studierenden wie folgt: Universitäten: Berlin 10 200, München 6 800, Leipzig 5 500, Bonn 5 300, Breslau 4 900, Göttingen 4 300, Frankfurt 4 200, Münster 4 000, Freiburg 3 900, Halle 3 400, Heidelberg 3 400, Marburg 3 300, Würzburg 3 200, Tübingen 2 100, Köln 3 000, Hamburg 2 800, Jena 2 800, Gießen 2 100, Kiel 2 000, Greifswald 1 900, Rostock 1 500, Erlangen 1 400; Technische Hochschulen: Charlottenburg 3 200, München 2 900, Hannover 2 500, Dresden 2 200, Darmstadt 2 200, Stuttgart 1 600, Karlsruhe 1 400, Aachen 1 000, Braunschweig 800, Breslau 800.

Die nordböhmisches Bergleute gegen den Kommunismus.

Prag, 8. Dezember. „Pravo Lidu“ zufolge fand am Sonntag in Kralup ein Gaukongreß der sozialdemokratischen Organisation statt, auf dem sich die anwesenden nordböhmisches Bergleute gegen den Kommunismus aussprachen. Es wurde festgestellt, daß der Kladober Gau zur Hälfte sozialdemokratisch ist.

Reduktion der französischen Militärmission in der Tschecho-Slowakei.

Prag, 8. Dezember. Wie „Narodni Listy“ aus informierten Kreisen erfährt, wird der bisherige Kommandant von Karpaten-Rußland, General Paris, Ende dieses Jahres seinen Posten verlassen und nach Frankreich zurückkehren. Dies hängt mit der vom Landesverteidigungsminister angekündigten Reduktion der französischen Militärmission in der Tschecho-Slowakei zusammen.

Das Vorgehen gegen d'Annunzio.

Rom, 8. Dezember. Dem „Tempo“ zufolge suchten aufständische Elemente in Zara Unruhen zu Gunsten der Besetzung von Soverico und Spalato ins Werk zu setzen. Die italienische Regierung entsandte zahlreiche Karabinerie und Gendarme nach Zara. Die Nachricht, daß Freischärler d'Annunzios in Zara gelandet seien, wird dementiert.

König Konstantins Rückkehr.

London, 8. Dezember. Es ist beschlossen worden, daß der Kronprinz den König Konstantin bei seiner Rückkehr nach Athen begleiten wird.

Churchill — Vizekönig von Indien.

London, 8. Dezember. „Times“ vernimmt, daß die Ernennung von Winston Churchill zum Vizekönig von Indien in ministeriellen Kreisen frei ausgesprochen wird. Die Kreise, die großen Einfluß in Downingstreet haben, unterstützen diese Ernennung.

Cecil's Nachruf auf Argentinien.

Bruch mit der europäischen Diplomatie.

In der Völkervereinigung verlas Präsident Snymans den Brief Buerredons. Da der Text schon bekannt war, hörte man ohne große Aufmerksamkeit zu; es bildeten sich Gruppen, die die Lage besprachen. Nach der Verlesung des Briefes herrschte allgemeines Schweigen. Snymans teilte darauf mit, daß er den Empfang des Briefes bestatigt habe. Unter lebhafter Spannung ergriff Lord Robert Cecil (Südafrika) das Wort. Nach Worten der persönlichen Sympathie für Buerredon sagte Cecil, die argentinischen Vorschläge wären sicher erörtert worden, wenn die Argentinier dageblieben wären. Er habe große Sympathie für die Grundsätze der argentinischen

Delegation; der Völkerverbund aber müsse wachsen, und er sei der letzte, der sich einem solchen Wachsen entgegenstellen würde. Aber wenn jedes Mitglied eine Haltung einnehme wie die argentinischen Delegierten, dann könnte überhaupt kein Parlament arbeiten. Die spanischen Kollegen hätten tieferes Verständnis für die Umstände bewiesen, da sie trotz der Ablehnung ihrer Vorschläge weiter mitarbeiteten. Trotz der Kritik, die an der Versammlung geübt werde, werde diese weiter ihre Pflicht tun. Sein Vertrauen in die Zukunft sei unerschütterlich; eine Warnung aber müsse er aussprechen. Es sei an der Zeit, mit den Methoden der alten Diplomatie zu brechen, eine neue Diplomatie müsse befolgt werden, aber unter der Bedingung, daß die nötigen Opfer gebracht würden und auf die anderen Rücksicht genommen werde. Dann werde der Völkerverbund sicher eine Zukunft haben.

Die griechische Volksabstimmung.

99 % für Konstantin.

König Konstantin erklärte dem „Matin“, er werde jedenfalls anfangs kommender Woche nach Griechenland zurückkehren. Die englische Regierung habe erklärt, sie zähle darauf, daß Griechenland seine Arbeiten in Kleinasien fortsetze. Auch er zähle darauf. Er sei immer populär im Heere gewesen. Griechenland werde sein Werk in Kleinasien fortsetzen und nicht aufgeben, was der Vertrag von Sèvres ihm zuspreche.

Die Volksabstimmung in Athen ergab 99 % für und 1 % gegen die Rückkehr des Königs Konstantin. Die Zahl der Stimmenthaltungen ist ganz unbedeutend. Die Strafen sind festgelegt und es herrscht eine festliche Stimmung.

König Konstantin erklärte einem Vertreter der Agence Havas, er könne vor der Geschichte die Ungenauigkeit und Ungerechtigkeit nicht hinnehmen, mit der ein Teil der öffentlichen Meinung ihn anklage. Er wolle, daß die Kriegsergebnisse vollkommen aufgeklärt würden. Er werde sich nicht widersetzen, wenn die britische Regierung die Einsetzung eines unparteiischen vom Völkerverbund ernannten Untersuchungsausschusses und eine öffentliche Untersuchung veranlasse. Man habe ihn angeklagt, den griechisch-serbischen Allianzvertrag verlegt zu haben. Als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, habe niemand voraussehen können, daß er im Falle eines Weltbrandes angewendet werden solle. Die Serben hätten 150 000 Mann, wie der Vertrag vorsehe, an die bulgarische Grenze gestellt. Durch die Neutralität Griechenlands hätten die Alliierten Zeit gehabt, ihre Heere in Saloniki aufzustellen. Wenn Griechenland im Jahre 1915 in den Krieg eingetreten wäre, wäre es jetzt nicht in der Lage, die Anstrengungen zu machen, die man von ihm in Kleinasien erwarte. Viermal habe er der Entente angeboten, an ihrer Seite in den Krieg einzutreten. Die Entente aber habe die Noten seiner Regierung unbeantwortet gelassen.

Deutscher Reichstag.

(43. Sitzung.)

OB. Berlin, 7. Dezember.

Nach Erledigung einer unwesentlichen kleinen Anfrage wurde das Rayon-Steuergesetz dem Steuerauschuß überwiesen. Dann kam man zu dem Gesetzentwurf über die Kinderzulagen der Beamten. Dazu stellte der Präsident Folie fest, daß schon eine Vorbesprechung über die Frage stattgefunden habe. In die Besprechung kam aber noch nicht eingetreten werden, da neue Anträge vorliegen, die noch nicht gedruckt sind. Die Angelegenheit sei aber soweit gediehen, daß die zweite und dritte Lesung noch in dieser Woche erledigt werden kann.

Der Etat des Ernährungsministeriums

wurde nun weiter besprochen. Eingegangen ist ein Antrag von rechtsunabhängiger Seite auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gegen das Ernährungsministerium erhobenen Beschwerden prüfen soll. Weiter fordert ein Antrag Müller-Franke (Soz.) einen Gesetzentwurf, wonach Erzeugung und Vertrieb künstlicher Düngemittel auf das Reich übernommen werden sollen.

Abg. Blum (Centr.) ging vor allem auf die gestrige Auseinandersetzung zwischen dem Reichsernährungsminister und dem preussischen Landwirtschaftsminister, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Braun, ein. Wir stehen noch unter dem Eindruck der gestrigen dramatischen Verhandlung, erklärte der Redner. Haben Sie der Ernährung unseres Volkes, haben Sie unserer Volkswirtschaft gedient? Nein! Wir hatten den Eindruck mangelnder Ruhe und Würde. Die Autorität des Staates ist auf das schwerste geschädigt worden. Wir sollen doch im Reichstag ein gesundes Autoritätsgefühl wieder aufrichten. Im Kaiserreich war der Wahlpruch meiner Freunde: „Fürchte Gott und ehre den König.“ Jetzt in der Republik wollen wir, daß ebenfalls die Obrigkeit anerkannt wird. Solche Ministerbuelle dürfen nicht mehr vorkommen. Im Familienleben gilt der Grundsatz, daß Eltern ihre Zwistigkeiten unter sich ausgleichen. Das sollte auch für den Ministerverehr maßgebend sein. Wir stimmen dem Reichskanzler rückhaltlos zu, wenn er gegen die Kampfweise des Landwirtschaftsministers vorgegangen ist.

Die Milchnot

ist eine wahre Tragödie. Im englischen Unterhause ist festgestellt worden, daß in Deutschland Milchmangel besteht, daß aber weder in Belgien, noch in Frankreich Milchmangel vorhanden ist. Danach ist die französische Forderung der Ab-